



Angriffe auf die Mitbestimmung in Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in unregelmäßigen Abständen werden in der bremischen Politik Angriffe gegen das Bremische Personalvertretungsgesetz (BremPersVG) gefahren – meist von den in dieser Frage „üblichen Verdächtigen“ CDU und FDP, jüngst von der Fraktionsvorsitzenden der Grünen in der Bremischen Bürgerschaft. Das Muster dieser Angriffe ist dabei immer das gleiche: Die Personal-

men. Sieht man dagegen in das Gesetz (hier: § 52 Abs. 1 BremPersVG), so ist unschwer festzustellen, dass sich das Mitbestimmungsrecht der Personalräte nur auf die die Beschäftigten betreffenden Angelegenheiten bezieht. Das Handeln der Behörden nach außen, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, wird davon nicht erfasst. Dies wird auch von keinem Personalrat anders gesehen.

BremPersVG mit dem Letztentscheidungsrecht des Senats in organisatorischen Angelegenheiten und in personellen Angelegenheiten der Beamtinnen und Beamten genau den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil von 1959 zur damaligen Fassung des Gesetzes entspricht.

Weiterer Punkt ist häufig die Behauptung, das BremPersVG gewähre den Personalräten wesentlich mehr Rechte, als sie die Betriebsräte hätten. Auch diese Behauptung ist unzutreffend. Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) kennt zwar keine sogenannten Allzuständigkeit des Betriebsrats, enthält aber umfangreiche Kataloge von Mitbestimmungstatbeständen, die z. T. ihrerseits Generalklauseln enthalten. Weiter sieht das BetrVG zwar auch nicht in allen Angelegenheiten eine gleichberechtigte Mitbestimmung des Betriebsrats vor, erkennt dem Arbeitgeber aber auch kein Letztentscheidungsrecht in personellen Angelegenheiten zu – darüber entscheiden im Nichteinigungsfall die Arbeitsgerichte.

Es sollte aber auch der Zweck der Mitbestimmung nicht außer Betracht gelassen werden. In dem von der Arbeitnehmerkammer Bremen herausgegebenen Kommentar zum BremPersVG hat es der frühere Präsident des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen, Prof. Dr. Alfred Rinke, wie folgt zusammengefasst: „Faktisch ist Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ein wesentliches Element einer guten Public Corporate Governance. Normativ hat sie ihre Grundlage im Menschenwürdegebot, im Sozialstaatsprinzip und in einem starken Grundrechtsbezug. Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ist ein wesentliches Element einer modernen kooperativen Verwaltungsorganisation und Verwaltungsführung.“ Wer die Hand an die Mitbestimmung legen will, will die Entwicklung der Arbeitswelt zurückdrehen und das Prinzip von Befehl und Gehorsam einführen. Die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger würden dadurch nicht verbessert, son-



Onno Dannenberg, Bereichsleiter beim ver.di-Bundesvorstand

der Personalräte hätten zu viel Macht, ihre Rechte müssten eingeschränkt werden, damit die Verwaltung/der Senat das politisch Gewollte auch umsetzen könne, und dies diene den Bürgerinnen und Bürgern. Kurz: Der Öffentlichkeit soll weisgemacht werden, eine Einschränkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst sei gut für die Bürgerinnen und Bürger und wer sich dafür einsetzt, verdiene es, bei der nächsten Bürgerschaftswahl mit Stimmen belohnt zu werden. Sehen wir uns deshalb die Kritikpunkte einmal an.

Meistens beginnt die Kritik an der sogenannten Allzuständigkeit der Personalräte. Hier wird suggeriert, die Personalräte hätten über alles Handeln der Behörden mitzubestimm-

Ergänzend wird dann regelmäßig die ganz große Keule geschwungen und behauptet, das BremPersVG sei wegen der grundsätzlich gleichberechtigten Mitbestimmung gegenüber den Dienststellenleitungen verfassungswidrig. Dabei wird verschwiegen, dass Art. 47 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen die gleichberechtigte Mitbestimmung unter Wahrung der öffentlich-rechtlichen Befugnisse der zuständigen Stellen des Landes und der Gemeinden sowie der parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung vorschreibt. Es wäre daher verfassungswidrig, die Mitbestimmungsrechte einzuschränken. Und es wird verschwiegen, dass die jetzige Konstruktion der Mitbestimmungsrechte im

Fortsetzung auf Seite 2



Die Grünen interessieren sich für die Bereitschaftspolizei!

dem im Gegenteil verschlechtert. Und wer argumentiert, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst dürfe nicht weitergehend ausgestaltet sein als in der privaten Wirtschaft, versucht zugleich, die Beschäftigten zu spalten. Richtig wäre es, sich für den Ausbau der Mitbestimmung sowohl in der privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst einzusetzen!

Erfreut können wir deshalb zur Kenntnis nehmen, dass sich der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Carsten Sieling, klar und eindeutig zur Mitbestimmung nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz bekannt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Onno Dannenberg,
Bereichsleiter beim
ver.di-Bundesvorstand

TERMIN

Redaktionsschluss für die **November-Ausgabe 2017**, Landesjournal Bremen, ist der **8. Oktober 2017**.

Artikel bitte mailen an:

Ahlersbande@t-online.de

Die Fachgruppe der Bereitschaftspolizei hat den politischen Vertretern angeboten, die Schwierigkeiten und Probleme der Bremer Bereitschaftspolizisten zu diskutieren. Gesprächsgrundlage soll das politische Positionspapier der Fachgruppe sein, das den politischen Vertretern zugegangen ist.

Das Papier beinhaltet nachstehende Aspekte:

- Personalstärken der geschlossenen Einheiten
- Anzahl der geschlossenen Einheiten
- Stellenfinanzierung des Objektschutzes
- Überstunden
- Unterbringung gefährlicher Personen/Gefährder

Der Innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Björn Fecker, nahm das Angebot an und lud Vertreter der Fachgruppe zu einem Gespräch am 5. September 2017 ein. Unsere Fachgruppenvertreter **Jens Bley** und **Jan Singenstreu** trafen sich mit **Björn Fecker** und **Wilko Zicht** zum Meinungsaustausch.

Wir sind der Auffassung, dass die Bereitschaftspolizei im politischen Raum nicht wahrgenommen wird. Deshalb sollte das Gespräch als Erstes dazu dienen, das Verständnis für die Probleme der Bereitschaftspolizei zu wecken. In dem Gespräch haben beide Politiker signalisiert, dass ihnen in diesem Ausmaß die Themen nicht geläufig sind. Insbesondere ist für sie der Aspekt neu gewesen, dass die Stellen des Objektschutzes möglicherweise zulasten der Stärken der Bereitschaftspolizei berechnet werden. Daher haben sie im Gesprächsverlauf großes Interesse an den Positionen der Fachgruppe gezeigt.

Die Fachgruppe hat im Dialog nochmals verdeutlicht, dass die Personalzahlen der Bereitschaftspolizei so bemessen sein sollten, dass die geschlossenen Einheiten taktisch funktionsfähig bleiben und die gegenwärtig unerträgliche Be-

lastung der Kollegen abnimmt. Ebenso ist ein geordneter Abbau des Überstundenberges nur möglich, wenn der Polizei eine verlässliche finanzielle Größenordnung jährlich zur Verfügung gestellt wird.

Es wurde auch die Forderung bekräftigt, für die Unterbringung der Gefährder eine politische Lösung zu erarbeiten: Die Räumlichkeiten des Polizeigewahrsams und die Ausbildung der dort Beschäftigten entsprechen nicht den Herausforderungen, die für einen angemessenen Umgang mit gefährlichen Personen nötig sind.

Die Grünen-Politiker haben der Fachgruppe weitere Gesprächsangebote gemacht, sofern der Meinungsaustausch fortgesetzt werden soll. Sie haben auch signalisiert, dass sie sich mit den Themen befassen, sich weiter informieren und diese nach interner Beratung bearbeiten.

Die Fachgruppe nimmt das Angebot ernst und vertraut darauf, dass die Aussagen nicht nur Lippenbekenntnisse sind und die Bereitschaftspolizei im politischen Raum nicht nur wahr- sondern auch ernst genommen wird.

Eure Fachgruppe Bereitschaftspolizei

Pause in der Geschäftsstelle

Unsere Geschäftsstelle bleibt an den Montagen 2. und 30. Oktober 2017 geschlossen.



Gut, dass es sie gibt.

Gewerkschaft der Polizei



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39 vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



KREISGRUPPE BREMERHAVEN

Bremerhavener Erklärung für eine zukunftsfähige Seestadtpolizei

Wenn es um das Personal der Polizei geht, ist immer wieder die Rede von der sogenannten „Zielzahl“. Dabei handelt es sich um die Sollstärke der Polizei. Bei der Diskussion über die Zielzahl ist zuletzt wiederholt der Eindruck entstanden, die Polizei in Bremerhaven sei besser ausgestattet als die Polizei in Bremen.

So war einem Gutachten der Unternehmensberatungsfirma „Rödl und Partner“ über die innerbremischen Finanzbeziehungen zu entnehmen, dass in Bremerhaven pro Einwohner 46 Euro mehr ausgegeben werden als in Bremen. Das ist aber nach Überzeugung der Kreisgruppe Bremerhaven nachweislich falsch. Der Annahme von „Rödl und

Partner“ liegen falsche Zahlen zugrunde.

Selbstverständlich ist es richtig, die Zielzahl in Bremen auf mindestens 2600 Stellen anzuheben. Die Kreisgruppe Bremerhaven erwartet aber, dass sich auch etwas in Bremerhaven tut. Bei der gegenwärtigen Personalstärke von 474 Beschäftigten werden die Kolleginnen und Kollegen in Bremerhaven auf Dauer nicht in der Lage sein, den berechtigten Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Seestadtpolizei zu entsprechen. Die Grenzen der Belastbarkeit werden bereits jetzt gefährlich überschritten.

Die Kreisgruppe hat daher die Initiative ergriffen und Parteien der Stadtverordnetenversammlung und Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordnete gebeten, eine gemeinsame Erklärung zur Polizei in Bremerhaven zu unterzeichnen.

Die „Bremerhavener Erklärung für eine zukunftsfähige Seestadtpolizei“ wurde inzwischen veröffentlicht.

GdP, SPD, CDU, Grüne, FDP und die Piraten fordern darin mittelfristig eine Zahl von 520 Beschäftigten bei der Polizei in Bremerhaven. Die Erklärung wurde auch von **Oberbürgermeister Melf Grantz** unterzeichnet.

Die Kreisgruppe ist zufrieden, weil damit eine Zielzahl festgelegt wurde, hinter der ein übereinstimmender Wille Bremerhavener Kommunal- und Landespolitik steht.

Außerdem war es der Kreisgruppe ein Anliegen, vor der Wahl zu dokumentieren, dass die demokratischen Parteien über ausreichend Kompetenz in Fragen der Inneren Sicherheit verfügen und dass es dazu keiner Rechtspopulisten in Bremerhaven bedarf.

Jörg Eilers

EINLADUNG ZUR DISKUSSION

Respekt?!? – Welche Rolle spielt die Justiz in der Gesellschaft?

Berlin. Die Arbeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften wird gelobt und kritisiert – häufig aufgrund derselben Maßnahmen. In der bundesweiten Veranstaltungsreihe „Justiz im Dialog“ soll die Arbeit der Dritten Gewalt transparenter gemacht und die vielfältigen Aufgaben der Justiz einem breiten Publikum nähergebracht werden.

Mit der **Veranstaltung „Respekt?!?“** sprechen wir ein Thema an, das uns täglich begegnet. Wie gehen wir miteinander um? Wie werden Konflikte ausgetragen? Und welche Rolle soll die Justiz dabei spielen?

Der Deutsche Richterbund und der Bremische Richterbund laden Sie herzlich zu einer Diskussionsveranstaltung ein am **Donnerstag, dem 26. 10. 2017, um 16 Uhr in Bremen im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Bremen, Domsheide 16, 28195 Bremen.**

Gesa Kasper, stellvertretende Vorsitzende des Bremischen Richterbundes, und **Professor Dr. Hilbert Meyer**, Schulpädagoge von der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, führen Sie durch ein Programm, das zum Mitdenken, Nachdenken und Diskutieren anregt.

Ab 15.30 Uhr erwarten wir Sie mit einer Erfrischung, um 16 Uhr beginnt die Veranstaltung mit einem Vortrag, Erfahrungsberichten und einem kleinen Stück des Theaterensembles „Wilde Bühne e.V.“.

Im zweiten Teil besteht Gelegenheit zum direkten Austausch der Teilnehmer untereinander. Wir würden uns freuen, wenn Sie auch am anschließenden Empfang teilnehmen könnten.

Ihre Anmeldung nehmen wir gerne per E-Mail über kontakt@richterverein-bremen.de entgegen. Die Saalkapazität ist begrenzt, wir empfehlen deshalb eine frühzeitige Platzreservierung.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes
Andreas Helberg, Vorsitzender des Bremischen Richterbundes



DGB Bremen wählt Annette Düring zur Vorsitzenden



V. l. n. r.: Martina Tietgens, Jochen Kopelke, Annette Düring und Lennart Nasko

Die Delegierten vom DGB Bremen kamen am 26. 8. 2017 zusammen und wählten ihren Vorstand. Annette Düring wurde in ihrem bisherigen Amt bestätigt. Im Stadtvorstand Bremen sind alle acht im DGB organisierten Gewerkschaften vertreten. So auch unsere Gewerkschaft der Polizei (GdP). Neben unserem Landesvorsitzenden Jochen Kopelke waren auch das GdP-Vorstandsmitglied Martina Tietgens und JUNGE-GRUPPE-Mitglied Lennart Nasko auf dem Delegiertentag dabei.

In einem **Leitantrag** des DGB zum Thema „**Bremen 2030 – Das Land mit Zukunft aktiv mitgestalten**“ wurden gewerkschaftspolitische Ziele für Bremen formuliert.

„Wir wollen, dass Arbeitsmarktpolitik stärker auf die Förderung guter und existenzsichernder Arbeit ausgelegt ist. Deshalb muss ein Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Niedriglöhnen sowie auf ein Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsverhältnisse gelegt werden“, heißt es im Leitantrag. Aber auch allgemeinpoltische Themen wie Mitbestimmung, Bildung, saubere

und sicherer Stadt, Wohnen und Flächenentwicklung in Bremen, werden darin angesprochen. Der Leitantrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Ein zweiter Antrag thematisierte Mitbestimmungsmöglichkeiten in Betrieben und Dienststellen. „Der DGB Stadtverband Bremen setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass die Rechtsstellung und vor allem die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen verbessert und gestärkt werden“, heißt es darin.

Annette Düring resümiert: „Die Konferenz hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, dass alle Gewerkschaften an den Tisch kommen und gemeinsam über die politischen Handlungsmöglichkeiten in Bremen sprechen. Jetzt sollen diese Vorschläge mit der Politik weiter erörtert werden.“

Die GdP Bremen wünscht der wiedergewählten Annette Düring viel Kraft und Erfolg im Amt. Auf eine gewohnt gute Zusammenarbeit.

FACHGRUPPE SENIOREN

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 10. Oktober 2017, 16 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 12. Oktober, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Mitgliederversammlung Bremen/Bremerhaven der Fachgruppe Senioren am **Donnerstag, 19. Oktober 2017, 10 Uhr, in Bremen „Grollander Krug“**

Bitte die Einladung für die Mitgliederversammlung/Tagesordnung der FG Senioren in der September-Ausgabe 2017 beachten.





Einladung

zur Weihnachts- und Wiedersehensfeier 2017
der Fachgruppe Senioren in Bremen und Bremerhaven

Für die Seniorinnen und Senioren in Bremen:

Zu unserer traditionellen Weihnachts- und Wiedersehensfeier laden wir euch mit eurer Partnerin/eurem Partner in das „Hotel Best Western Bremen“ recht herzlich ein.

Termin: Freitag, 01. Dezember 2017 Beginn 17.00 Uhr
Ort: Hotel Best Western Bremen, August-Bebel-Allee 4 (ehemals „Hotel Balladins“)

Alexandra Brünner wird uns an diesem Abend wieder musikalisch unterhalten. Gegen 18.00 Uhr Jubilarehrung und ab ca. 19.00 Uhr das Buffet.

An Kosten entstehen für GdP-Mitglieder € 10,- und für Partnerin / Partner € 15,-

Bitte um Anmeldung bis zum 17. November 2017.
T. 0421/9495850 oder E-Mail: seniorengruppe@gdp-hb.de

(Einladungen per Briefpost werden nicht mehr verschickt.)

Wolfgang Karzenburg

Für die Seniorinnen und Senioren in Bremerhaven:

Unsere diesjährige Weihnachtsfeier in Bremerhaven steht unter dem Motto:

„Abschied nehmen fällt manchmal schwer – doch es eröffnen sich oft auch neue Herausforderungen!“

Termin: Freitag, 08. Dezember 2017 Beginn 15.00 Uhr
Ort: Haus Am Blink, Bremerhaven, Adolf-Butenandt-Straße 7

Nach der Begrüßung wird Kaffee und Kuchen serviert. Aus dem Kreise der Seniorinnen und Senioren können danach Sketche und lustige Anekdoten vorgetragen werden. Ein warmes Essen (Tellergericht) wird gegen 18.30 Uhr am Tisch serviert. Dazu kann 1 Freigetränk bestellt werden. Ein Mehrverzehr muss individuell abgerechnet werden.

Bitte um Anmeldungen bis spätestens Freitag, 24. November 2017

in der GdP-Geschäftsstelle, T. 0421/9495850) oder

Wolfgang Stanger: T: 0471 / 87654 E-Mail: w.stanger@gmx.de

Werner Volkmann T: 0471 / 61842 E-Mail: werner.volkmann@arcor.de

(Einladungen per Briefpost werden nicht mehr verschickt.)

Wolfgang Stanger



STIMMUNGSVOLLE PARTY

GdP Sail & Fun 2017



Die GdP-Party auf der Alexander von Humboldt – ein voller Erfolg und ein Erlebnis der besonderen Art. Ein maritimer Abend mit Hochgenuss für alle Sinne.

Obwohl der Wettergott mal wieder im Süden unterwegs war und uns wenig sommerliche Temperaturen hinterlassen hatte, konnte es die gute Stimmung nicht trüben. Allein schon das außergewöhnliche Ambiente vor der unvergleichlichen, zauberhaften Kulisse Bremens war traumhaft.

Der Küchenchef verwöhnte uns mit einem leckeren reichhaltigen Grillbüfett. Da kam jeder auf seine Kosten.

Für die ausgelassene, fröhliche Stimmung sorgten vor allem Bella Mare und ihre Beachbuben. Musikalisch schipperten sie mit uns übers weite Meer und zu fernen Häfen. So wunderbar schräg, dass

man einfach mitmachen musste. Die Party 2017 war ausverkauft. Wir freuen uns auf die Party 2018 und

hoffen, dass auch alle wieder mit an Bord sind.

Anne Bauer





Wahlen in der GdP-Fachgruppe Schutzpolizei

Am 08. März und 09. März 2018 findet der Landesdelegiertentag (LDT) der GdP Bremen statt.

Im Vorfeld dazu wird die GdP-Fachgruppe Schutzpolizei vom

16. Oktober – 23. Oktober 2017

die Wahl der Vertrauensleute an allen Standorten durchführen. Es gibt 5 Wahlbezirke (Mitte, West, Ost, Nord und Süd). Nähere Informationen zur Wahl und die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten werden ab dem 25. September 2017 an den GdP-Brettern an euren Standorten vorgestellt.

Die gewählten Vertrauensleute werden am 07. November 2017 während der Tagung der VL auf Landesebene die Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesdelegiertentag wählen. Neben dieser Wahl finden noch weitere Wahlen in der Fachgruppe Schutzpolizei für die Antragsberatungskommission LDT, den Landesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht, den Landesfachausschuss Schutzpolizei und den Vorstand der Fachgruppe Schutzpolizei statt.

Für Fragen und Anregungen steht Euch der Fachgruppenvorstand zur Verfügung.

Vorsitzender Nils Winter, stellvertretende Vorsitzende Christina Biese, Peter Schnaars und Michael Birkhan, Schriftführer/ Beisitzer Torsten Diekmann, Ralph Kollek, Rainer Schwiebert, Christian Haas und Oliver Paust

Geht alle wählen! Eine starke Gemeinschaft braucht starke Mitglieder!



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bremen

GdP-Seniorenreise vom 06.05. bis zum 13.05.2018
für Niedersachsen und Schleswig-Holstein



GdP Seniorenreise

Montenegro – die schöne Unbekannte am Mittelmeer

Information und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

ab **929,-** * p.P.
* Einzelzimmerzuschlag 100,-



Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten

- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Flüge ab Hamburg oder Hannover in der Economy-Class bis/ab Dubrovnik
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren (Stand 07/2017)
- Transfers am An- und Abreisetag
- Ausflüge im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- 7 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC) im 4-Sterne-Hotel (Landeskategorie) Hotel Princess in Bar
- 7 x Frühstück und 7x Abendessen

Höhepunkte Ihrer Reise:

- Königliches Cetinje und bezauberndes Kotor
- Einzigartiger Moraca-Canyon
- Stadtbesichtigungen in Podgorica, Bar, Budva und Ulcinje
- Besuch der Flussmündungsinsel Ada Bojana
- Alle Eintrittsgelder
- Speziell qualifizierte deutsch sprechende Erlebnisreiseleitung
- Ausgewählte Reiseliteratur

Mehr Erlebnis:

Teilnehmerzahl mind. 20 Personen. Preis p.P.

- Ganztagesausflug „Faszinierendes Albanien (4. Tag) € 55,-
- Ganztagesausflug Ostrog und Skutarisee mit Schifffahrt inklusive Mittagsimbiss (6. Tag) € 45,-



Toller Urlaub



Veranstalter: Gebeco GmbH, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel

Weitere Informationen und Angebote im Internet unter www.psw-tours.de

Flug-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Mindestteilnehmerzahl 30 Personen

